



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH-Pressemitteilung 18/2006

SENDESPERRFRIST: 19. Juni 2006, 13.00 Uhr

SPERRFRIST: 19. Juni 2006, 13.30 Uhr

Hartz IV optimieren

Ansprechperson: Dr. Herbert S. Buscher (Tel.: 0345/77 53 770)

Halle (Saale), den 19. Juni 2006

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

Hartz IV optimieren

Wahrheiten sind oft unbequem und man möchte sie lieber verdrängen. Und so scheint es auch mit Hartz-IV zu sein. Hat Hartz-IV seit 2005 Menschen arm gemacht, die vorher nicht arm waren oder wird jetzt nur das ganze Ausmaß der relativen Armut in Deutschland transparent, das bereits seit mehreren Jahren bestand, aber der Politik und der Öffentlichkeit nicht bewußt war oder nicht bewußt sein wollte? Hartz-IV hat keine neue Armut gebracht. Sicher, einige stehen etwas schlechter als vor dem ALG-II, vorwiegend Bezieher der Arbeitslosenhilfe, während sich Bezieher der früheren Sozialhilfe, etwas besser stellen – aber für die überwiegende Mehrzahl dürfte sich die finanzielle Lage nicht dramatisch verändert haben. Was also ist neu oder dramatisch an Hartz-IV?

Neu ist, daß das ALG-II als Grundsicherung für Arbeitsfähige konzipiert ist und somit nicht mehr allein auf Arbeitslose abstellt wie vorher die Arbeitslosenhilfe. Somit haben auch erwerbstätige Personen einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, deren Einkommen zu niedrig ausfällt um existenzsichernd zu sein (aufstockende Sozialhilfe vor Hartz IV). Weiterhin dürfte die mit der früheren Sozialhilfe verbundene Stigmatisierung weitgehend abgebaut worden sein, so daß nun auch Personen/Familien/Bedarfsgemeinschaften die ihnen zustehenden Ansprüche geltend machen, die früher darauf verzichteten. Neu ist auch – und so explizit vom Gesetzgeber gewollt –, daß nicht mehr auf verwandtschaftliche Beziehungen zurückgegriffen wird, um soziale Notlagen zu mildern, sondern unmittelbar staatliche Leistungen beansprucht werden können.

Die finanziellen Auswirkungen dieser Änderungen konnten mit Einführung von Hartz-IV nicht seriös abgeschätzt werden, so daß es zwangsläufig zu Fehleinschätzungen über die mit der Reform verbundenen Kosten kommen mußte. Dies mag ärgerlich sein für Politiker/Haushaltspolitiker, insbesondere wenn mit Einsparungen gerechnet wurde, Ausgabensteigerungen aber die Realität sind. Und es ist das Recht und die Aufgabe der Politik, auf diese Entwicklung zu reagieren. In diesem Sinne ist das „Fortentwicklungsgesetz für Arbeitsuchende“ nur konsequent. Aber es bleibt einseitig, wenn nicht auch von den Arbeitsgemeinschaften (ARGE) und den Optionskommunen her alles unternommen wird, um diesen Prozeß effizient zu gestalten und so viele Arbeitsuchende wie möglich zu helfen – aber nicht in 1-Euro-Jobs. Richtig ist sicherlich, daß bei einer dynamisch wachsenden Wirtschaft die Vermittlung von Arbeitslosen, auch von Problemfällen, leichter ist als in Zeiten geringen Wachstums. Aber Wachstum ist beileibe nicht die einzige Möglichkeit, Arbeitslose wieder zu beschäftigen. Hier ist Phantasie, Engagement und Ausdauer bei den ARGEN gefordert. Damit sich diese Anforderungen realisieren lassen können, ist erheblich mehr Zeit hierfür als für Verwaltungsaufgaben zur Verfügung zu stellen.

Allen Beteiligten sollte jedoch bereits jetzt klar sein, daß mit dem Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht gelöst werden können. Im günstigsten Fall trägt es, sofern es erfolgreich umgesetzt wird, zu einer verbesserten Vermittlung und somit zu einer geringeren Zahl an ALG-II-Beziehern bei. Dies sollte nicht unterschätzt werden, aber quantitativ wird sich die Langzeitarbeitslosigkeit hierdurch nur begrenzt verringern lassen. Denn die eigentlichen Probleme liegen nicht in der Vermittlung, sondern in den Verhaltensweisen und Anpassungsreaktionen der von ALG-II Betroffenen, einem praktisch nicht vorhandenen Lohnabstandsgebot (und somit einer fehlenden Anreizfunktion zur Arbeitsaufnahme) und weiterhin bestehenden institutionellen Hemmnissen, die eine unbürokratische Anpassung an aktuelle Wirtschaftslagen zumindest erschweren.

Werden hier Fortschritte erzielt, dann wird Hartz-IV nicht mehr als Bedrohung, sondern als Unterstützung empfunden. Und die haushaltspolitischen Ängste der Politiker erledigen sich auf mittlere Sicht dann von selbst.